



Annalena Baerbock
Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecherin für Klimapolitik

Annalena Baerbock MdB · Platz der Republik 1 · 11011 Berlin

Bundestagsbüro

Britta Duille
Sachbearbeitung ☎ +49 (30) 227 73115
Stephan Bischoff
wiss. Mitarbeiter ☎ +49 (30) 227 73116

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Fax: +49 30 227-76115
annalena.baerbock@bundestag.de
www.annalena-baerbock.de

Berlin, 17.07.2015

Persönliche Erklärung nach § 32 GOBT zum Antrag des Bundesministeriums der Finanzen „Stabilitätshilfe zugunsten Griechenlands“

Wir stimmen heute mit „Ja“, weil wir als Europäerinnen und Europäer davon überzeugt sind, dass die Europäische Union und die Eurozone zusammenhalten müssen! Wir stimmen mit „Ja“, weil Griechenland im Euro bleiben muss! Wir stimmen mit „Ja“, weil sich die griechische Bevölkerung auch weiterhin auf die Unterstützung seiner europäischen Partner verlassen können muss! Wir stimmen mit „Ja“, damit die Verhandlungen zwischen der griechischen Regierung und den Euro-Staaten über ein weiteres Kredit- und Reformprogramm aufgenommen werden können! Denn Griechenland braucht europäische Solidarität. Und Europa braucht das Vertrauen in die griechische Regierung, den ambitionierten Reformkurs jetzt umzusetzen. Das Ziel muss sein, dass Griechenland wieder auf eigenen Beinen steht. Dabei darf es keine Illusion geben: Der Weg dorthin ist kein leichter. Der Reformprozess und die wirtschaftliche Erholung in Griechenland kann nur dann gelingen, wenn das Land die Sicherheit hat, im Euro zu bleiben und die erforderliche Zeit erhält, um verlässliche Rahmenbedingungen, effektive Strukturreformen und notwendige Investitionen zu tätigen. Das ist aus unserer Sicht die wichtigste Bedingung für eine Chance auf Erfolg des Landes und dabei wollen wir Griechenland unterstützen. Ohne ein neues Kreditpaket sehen wir nicht, dass das Land überhaupt diese Chance hat. Deswegen stimmen wir heute dem Antrag der Bundesregierung zu, der im Wesentlichen die Aufnahme von Verhandlungen über neue Kredite für Griechenland und die Bereitstellung einer Brückenfinanzierung beinhaltet.

Seit mehr als fünf Jahren begleiten wir als Abgeordnete des Deutschen Bundestags Griechenland durch unsere parlamentarischen Debatten und Abstimmungen über Kredithilfen, aber auch durch viele Reisen in das Land und unseren Einsatz für mehr gegenseitiges Verständnis zwischen Deutschland und Griechenland. Wir haben immer wieder deutliche Kritik an den Fehlern geübt, die bis heute bei der Krisenpolitik für Griechenland gemacht wurden. Gerade der Vorschlag eines temporären Austritts Griechenlands aus dem Euro war ein Fehler historischen Ausmaßes, mit dem die Bundesregierung den Zusammenhalt in Europa und in der Eurozone gefährdet hat.



Nach einem Prozess der auf allen Seiten von Fehlern, nationaler Engstirnigkeit und Verletzungen geprägt war, haben sich am vergangenen Wochenende alle Staats- und Regierungschefs der Eurozone auf einen gemeinsamen Weg geeinigt. Wir sind politisch ausdrücklich nicht mit allen einzelnen auf dem Euro-Gipfel am 12. Juli 2015 vereinbarten Inhalten einverstanden. Das neue Programm setzt viele Fehler der bisherigen Vereinbarungen fort, auch wenn es an anderen Stellen wichtigen Forderungen der griechischen Regierung entgegengekommen ist. Wir wollen trotzdem dieser Einigung, erst recht nach den Schwierigkeiten, überhaupt zu einer Einigung zu finden, unsere Zustimmung nicht versagen. Nachdem die 19 Staats- und Regierungschefs und u.a. die Parlamente von Frankreich, Finnland, Luxemburg, Österreich und vor allem Griechenland selber diesem Paket zugestimmt haben, wird es realistisch jetzt keine grundsätzlich anders gestaltete Lösung für Griechenland geben.

In seiner inzwischen „Schuman-Erklärung“ benannten Rede vom 9. Mai 1950, in der der französische Außenminister Robert Schuman die Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) vorschlug, heißt es: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Vor dem Hintergrund der kritischen Lage in Griechenland und der dringend benötigten Klarheit über den Weg schon in den kommenden Tagen, heißt Solidarität mit Griechenland für uns, dass wir dem Antrag der Bundesregierung genauso wie den Anträgen unserer Fraktion zustimmen müssen.

Annalena Baer